

Kein Nutzen für die Verbraucher

Lokale Stadtwerke reagieren auf Atomkompromiss

Von Claudia Duda

OBERHAVEL • „Das hat für uns kaum Auswirkungen. Dafür sind wir zu klein“, sagt Wolfgang Schneider. Der Geschäftsführer der Stadtwerke in Oranienburg sieht dem Atomkompromiss noch relativ gelassen entgegen.

Denn viele Kommunen mit eigenen Stadtwerken vor allem in den alten Bundesländern schlagen Alarm: Sie fordern vom Staat eine Entschädigung, weil die längeren Atomlaufzeiten ihre Milliarden-Investitionen in Ökostrom gefährdeten.



Uwe Mietrasch, der Geschäftsführer der Stadtwerke Zehdenick, meint, dass die Auswirkungen des Kompromisses vor allem für die größeren Stadtwerke problematisch seien. „Die haben oft sehr viel Geld in erneuerbare Energien investiert und müssen jetzt befürchten, dass sie ihren Strom nicht mehr zu

den geplanten Preisen loswerden“, so Mietrasch. Denn Atomstrom ist auf dem globalen Markt vergleichsweise billig. Wenn er jetzt wesentlich länger ins Netz eingespeist wird, könnten die Investitionen für die Kommunen möglicherweise wertlos sein. In Zehdenick gibt es mehrere Blockheizkraftwerke, eines davon wird mit Biogas betrieben. Etwa 20 Prozent des Strombedarfs produzieren die Stadtwerke selbst.

In Oranienburg sieht der Geschäftsführer der Stadtwerke, Wolfgang Schneider, die Entwicklung gelassen: „Da wir uns mit großen Investitionen zurückgehalten haben, sind wir kaum betroffen“, sagt er. Auch in der Oberhavel-Kreisstadt wird der Strombedarf zu 20 Prozent selbst gedeckt. „Den größeren Teil erwerben wir auf dem Strommarkt, da ist natürlich auch Atomstrom drin“, so Schneider. Wie hoch der Anteil wirklich ist, werde meist erst mit der Abrechnung zum Jahresende deutlich. Dass die längere Laufzeit der Atomkraftwerke jedoch zu Preissenkungen führt, damit rechnet Schneider nicht: „Der Verbraucher wird davon nichts haben.“

Andere Stadtwerke erwarten durch die Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke einen Milliardenschaden. Albert Filbert, Chef des Darmstädter Versorgers HSE, sagte, die Auslastung des Kraftwerksparks der Unternehmen

sinke durch die längeren AKW-Laufzeiten deutlich. „Den Schaden für kommunale Versorger durch die zwölfjährige Laufzeitverlängerung schätzen wir auf 4,5 Milliarden Euro.“

Und die Windindustrie sprach sogar von „Sargnägeln“ für die erneuerbaren Energien und für die Windkraft. Christian Wenger-Rosenau aus Neuruppin plant und baut im Nordwesten Brandenburgs Windkraftanlagen. Allein in Oberhavel, Ostprignitz-Ruppin und in der Prignitz hat sein Unternehmen 130 Windräder aufgestellt. Er sieht den Atomkompromiss sehr kritisch.

„Die Regelung ist kontraproduktiv für die Netzauslastung“, sagt er. Der Kompromiss gehe eindeutig zu Lasten der erneuerbaren Energien. „Die Erzeuger werden dadurch am Ausbau gehindert, dafür müssen sie entschädigt werden“, so Wenger-Rosenau.

Die Verlängerung der Laufzeit kritisiert auch Martin Opitz. Seine Firma produziert in Neuruppin solarthermische Anlagen und erwirtschaftet selbst als Unternehmen fünfmal so viel Energie wie sie verbraucht. „Das ist kein Kompromiss, das finde ich schwachsinnig“, sagt der Geschäftsführer der Opitz Solar GmbH mit Hauptsitz in Neuruppin. Er befürchtet, dass die Kosten letztendlich bei den Endverbrauchern abkassiert werden.